

# GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2013

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Aktionsforum kommunale Finanzen:

## ► So ändert sich Nix!

Ein Jahr nach dem heftig umstrittenen Beschluss des Stadtrates zum so genannten „Zukunftsvertrag“ mit dem Land Niedersachsen fand – auf Antrag von Grüne Bündnis 90 – am 10. Juni im Ratssaal des neuen Rathauses das Aktionsforum zur kommunalen Finanzpolitik statt. Der Rat hatte im Mai 2012 so beschlossen.

Michael Höfer – Grüne Bündnis 90 und Vorsitzender des Finanzausschusses moderierte die Veranstaltung. Im Podium: Hans Peter Suermann – CDU, Stadtdirektor und Kämmerer, Vom Nds. Innenministerium Herr Fuchs, Vom Ver.di Bezirk Region Süd-Ost Niedersachsen, Koll. Sebastian Werthmüller. Den Part für den verhinderten Vertreter des dt. Städtetages Stefan Anton übernahm H.P. Suermann.

Zunächst wies M. Höfer richtigerweise auf die strukturelle Unterfinanzierung der Städte, Kreise und Gemeinden hin. Lag deren Anteil am gesamten Steueraufkommen Anfang der 90er Jahre noch bei 18 Prozent, liegt er aktuell bei 12 Prozent, darauf wies Gerd Nier Fraktionschef der Göttinger Linken im Rat hin.

In dieser Diskussion gehe es u.a. um die Verteilungs-Gerechtigkeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW habe einen Investitionsstau von 118 Mrd. Euro in den Kommunen errechnet (Merke, allein die Rettung der Hypo Real Estate

Bank kostete 110 Mrd. Euro). Die zehn Forderungen des dt. Städtetages aus 2009 zur Verbesserung der Kommunalfinanzen seien weiter hochaktuell und Höfer kündigte eine weitere „Göttinger Erklärung zur Verbesserung der Kommunalfinanzen“ an.

H.P. Suermann stellte für 2012 einen finanzielles Mehr für die Kommunen von 1,8 Mrd. Euro aufgrund von wachsenden Steuereinnahmen bei stabiler wirtschaftlicher Konjunktur fest. Die kommunalen Kassenkredite (für laufende Geschäfts- und Personalausgaben) von ca. 44 Mrd. Euro im Jahr 2012 seien so hoch wie die kommunalen Sozialausgaben in etwa gleicher Höhe.

Die finanzielle Entlastung der Kommunen müsse Vorrang haben. Bei fortschreitend positiver Entwicklung der städtischen Steuereinnahmen sei die vollständige Rückzahlung der Kassenkredite innerhalb von vier bis fünf Jahren möglich. Die Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und dem Landkreis Göttingen (Rückführung der Kreisumlage) sollten dringend mit Unterstützung der Finanzverwaltung des Landes geregelt werden.

Herr Fuchs vom Innenministerium, der schon im vergangenen Jahr an den zwei Diskussionsrunden zum „Zukunftsvertrag“ teilgenommen hatte, informierte, dass zum 31. März 2013 noch Anträge auf Entschuldungshilfe aus 35 Städten und Gemeinden beim Land vorliegen. Im Topf hierfür befinden sich aber nur noch 600 Mio. Euro. Um diese Anträge zu bedienen wird aber die dreifache Summe benötigt. Ob die neue Landesregierung an dieser Politik zur kommunalen Entschuldungshilfe festhalte, sei angesichts des Versprechens die Studiengebühren (10 Mio. Euro) abzuschaffen eher ungewiss.

Das bisher verfolgte Entschuldungskonzept für die Kommunen sah vor, die Kassenkredite in den Städten, Kreisen und Gemeinden in Niedersachsen bis

### im Internet

www.goettinger-blaetter.de

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Einlegeseite der DKP Göttingen	
Kommunale Finanzen	1
VVN	2
FG Cuba	3
Grobian	4
GÖLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
DKP - Fortsetzung Einlage	8
GÖLinke Ratsinfo	9
DIE LINKE. Parteitag	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Asklepios	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2013  
ist der 16. August.  
Auslieferung am 22. Juni

2017 auf 5 Mio. Euro abzubauen. Unwägbarkeiten ergeben sich beim kommunalen Finanzausgleich aufgrund der Ergebnisse der veränderten Einwohnermesszahlen nach dem Zensus aus 2011. Als positiv bewertete Fuchs die Übernahme der Grundsicherung im Alter, die vom Bund getragen wird.

Es blieb Sebastian Werthmüller vorbehalten festzustellen, dass der Rahmen für die Verteilung des Steueraufkommens und damit der finanziellen Ausstattung der Kommunen in Berlin beschlossen wird. Es könne noch so viele Fonds zur Entschuldungshilfe der Kommunen aufgelegt werden. An der Strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen ändert das nichts. Jeder „Zukunftsvertrag zwischen Stadt und Land untergräbt die Zukunftsfähigkeit der beteiligten Kommunen“. Die Unterfinanzierung wird nicht aufgehoben und nicht verändert.

Er formulierte die Kritik der Gegner des „Zukunftsvertrages“ auf den Punkt gebracht: „Es ist unmöglich alle notleidenden Kommunen aus dem „Sumpf“ herauszuziehen.“ (r.n.)





# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) - Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ► Nazis in Bad Nenndorf blockieren!

Am 3. August wollen die Nazis ihren diesjährigen „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf durchführen. Auch dieses Mal gibt es ein breites Bündnis, das sich ihnen in den Weg stellen will. Zu den Mitunterzeichnern eines gemeinsamen Bündnisaufrufes, der unter <http://badnenndorf.blogspot.eu/aufruf> zu finden ist, gehört auch die VVN-BdA. Gemeinsames Ziel ist es, die Nazis derart zu blockieren, dass sie gar nicht erst losmarschieren können. Im Aufruf werden die bisherigen Erfolge durch Blockadeaktionen in Bad Nenndorf benannt: „Trotz aller Kriminalisierungsversuche durch Polizei und Verfassungsschutz beteiligten sich im letzten Jahr hunderte Menschen an Blockaden in Bad Nenndorf. Diese Aktionen führten dazu, dass die Anreise der Neonazis massiv

erschwert wurde. So mussten sie in der Augusthitze kilometerweit laufen, um Bad Nenndorf überhaupt zu erreichen. Dadurch wurde der Naziaufmarsch so stark eingeschränkt, dass er nahezu verhindert wurde. Die im Anschluss geplante Nazi-Kundgebung in Hannover musste abgesagt werden. Letztes Jahr haben wir gezeigt: Entgegen vieler Einschätzungen sind erfolgreiche Blockaden auch in Bad Nenndorf möglich. Sie sind ein effektives Mittel, um Nazis zu stoppen.“ Zu den Aktionsformen und der solidarischen Haltung des Bündnisses heißt es weiter: „Unser Mittel sind weiterhin Massenblockaden und wir werden so viele Menschen mobilisieren, dass der Naziaufmarsch unmöglich wird. Von unseren Aktionen des Zivilen Ungehorsames wird dabei

keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die das Ziel teilen, den Aufmarsch zu verhindern.“

Auch aus Göttingen wird es wieder eine gemeinsame Anreise nach Bad Nenndorf geben. Entsprechende Informationen entnimmt bitte zeitnah antifaschistischen Ankündigungen.

**Die VVN-BdA hat zur Abdeckung der entstehenden Kosten ein zentrales Spendenkonto eingerichtet. Jede Spende hilft, den Naziaufmarsch zu blockieren.**

**VVN-BdA KV Hannover  
Kto. 40861305  
BLZ 25010030  
Postbank Hannover  
Verwendungszweck:  
Bad Nenndorf 2013**

## ► Abrissforderungen gegen Berliner Thälmann-Denkmal

Bereits seit Wochen wurde von konservativen, liberalen und faschistischen Kräften in Berlin eine Kampagne zur Zerstörung des Thälmann-Denkmal im Berliner Thälmann-Park angeleiert. Die bürgerliche Presse hat diese antikommunistischen Forderungen, gerade jetzt vor der Bundestagswahl, begierig aufgegriffen. Neben dem offenen Antikommunismus und Hass auf Linke, der dieses lockere Bündnis der Rechtskräfte antreibt, sind es auch ganz materielle Werte, die im Hintergrund mitschwingen: Große Teile des heutigen Thälmann-Parks (inkl. des Denkmalstandorts) sollen planiert und mit hochpreisigen Wohnhäusern bebaut werden. Es herrscht also Goldgräberstimmung.

Am 15. Juni hatte die FDP-Jugendorganisation JuLis eine öffentliche Provokation vor dem Denkmal durchgeführt. Mit selbstgebastelten Dynamitstangen wollten die 20 Jung-Liberalen das Denkmal symbolischen sprengen. Innerhalb von nur 48 Stunden war es einem Bündnis

aus Berliner VVN-BdA, DKP Berlin, Ostdeutschem Kuratorium von Verbänden (OKV), der Antifa NEA, dem Freundeskreis Ernst Thälmann sowie der RASH Berlin gelungen, ungefähr 200 Personen zu mobilisieren, die – durch eine Polizeikette abgedrängt - gegen die geschmacklose, antikommunistische Hetze der JuLis lautstark protestierten. Im Anschluss gab es eine antifaschistische Kundgebung am Denkmal selbst, wo neben Vertretern der aufrufenden Organisationen auch Ernst Thälmanns Enkelin Vera Dehle-Thälmann sprach. ■

[www.change.org/de/Petitionen/verbot-von-ddr-symbolen-wir-sagen-nein](http://www.change.org/de/Petitionen/verbot-von-ddr-symbolen-wir-sagen-nein)

„Durch die aktuell geführte Diskussion um ein Verbot von DDR-Symbolen, soll die Geschichte der DDR komplett umgeschrieben werden. Das aber stellt die Lebensleistungen von Millionen von DDR-Bürgern in Frage. Diese Hetzkampagne gegen Symbole der DDR und der Arbeiterbewegung, fällt ausgerechnet in eine Zeit des zunehmenden Sozialabbaus und der Militarisierung der Innen- und Außenpolitik in der Bundesrepublik. Sie wird bewusst herangezogen, wenn es gilt, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung in der DDR zu diskreditieren und von der eigenen Geschichte abzulenken. Und sie ist die Folge der vorherrschenden staatlichen Extremismuskonzeption, in deren Rahmen Faschisten mit ihren entschiedensten Gegnern – nämlich Sozialisten, Kommunisten und Demokraten gleichgesetzt werden. Eine Gleichsetzung der DDR und ihrer Symbole mit dem deutschen Faschismus darf es aber nicht geben.“

### Verbot von DDR-Symbolen?

## ► Wir sagen NEIN!

Eine Petition des DDR-Kabinetts-Bochum e.V. an den Deutschen Bundestag, die hier gezeichnet werden kann:

**Deshalb NEIN zu einem Verbot von DDR-Symbolen!“**

## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

### Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 02. Juli 2013

Das Treffen findet um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► Kuba: Warnung vor Krise auf globalem Nahrungsmittelmarkt

Havanna. Vertreter des kubanischen Zentrums zur Erforschung der Weltwirtschaft haben vor einer unvorhersehbaren Entwicklung des globalen Nahrungsmittelmarktes gewarnt. Die Nachfrage werde weiter wachsen, während das Angebot hinter dieser Entwicklung her hinkt. Dieser Trend könne nur durch Investitionen, Forschung und mehr Produktivität in der Landwirtschaft aufgehalten werden.

Bei der Untersuchung der Gründe für die allgemeine Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt geben die kubanischen Experten verschiedene Faktoren an. Hervorgehoben werden die Instabilität der internationalen Finanz- und Währungsmodalitäten in Verbindung mit den neuen Spekulationsinstrumenten bei Lebensmitteln, den Handelsbeschränkungen und den landwirt-

schaftlichen Subventionsstrategien in den entwickelten Ländern. Weiter spielen die Subventionierung von Biotreibstoffen und das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in den Entwicklungsländern eine Rolle. Hinzu kämen eine geringe Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität, geringere Investitionen in die Landwirtschaft und der Mangel an natürlichen Ressourcen. So genannte äußere Faktoren wie der Klimawandel und die Entwicklung der Erdölpreise müssten ebenso beachtet werden.

Auffällig ist nach Angabe der kubanischen Experten die andauernde Stärke des „großen Geschäftes“ in der Nahrungsmittelwirtschaft. Aktuelle Zahlen dazu nannte der Schweizer Soziologe und ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler. Laut

FAO-Statistik habe der US-Konzern Cargill im vergangenen Jahr 38,2 Prozent des Weltgetreidehandels kontrolliert, die Louis-Dreyfus-Gruppe - der weltweit größte Rohstoffhändler für Reis, Baumwolle und Kaffee - 38,2 Prozent des gehandelten Reises und Monsanto praktisch 85 Prozent des Samenmarktes der Welt. Insgesamt werden 85 Prozent der in der Welt gehandelten Grundnahrungsmittel von zehn Unternehmen kontrolliert, sagte Ziegler.

Was Lateinamerika betrifft, so trägt die Region nach Angaben der kubanischen Forscher elf Prozent zum Gesamtwert der weltweiten Nahrungsmittelproduktion bei und verfügt über 24 Prozent der kultivierbaren Böden. Seine landwirtschaftliche Produktion müsse bis 2050 um zirka 80 Prozentpunkte wachsen, um im selben Zeitraum seine um mehr als 35 Prozentpunkte gewachsene Bevölkerung zu befriedigen. Arme Menschen in Lateinamerika geben mehr als die Hälfte ihrer Einkünfte für Lebensmittel aus, so das kubanische Institut.

## ► Neuer Solarenergiekomplex in Kubas Osten

Guantánamo. Eine neue Solaranlage mit einer Kapazität von 2,5 Megawatt wird derzeit in der Stadt Guantánamo im Osten Kubas errichtet. Diese soll an das landesweite Stromnetz angeschlossen werden. Die Einrichtung, die sich über fünf Hektar Land erstrecken soll, wird als wichtigste ihrer Art in der Provinz erachtet und wird laut Ismael Matos, Investor der lokalen Wasserkraft-Unternehmensgruppe, über 10.800 Sollarkollektoren verfügen. Durch die geographische Lage ist in Guantánamo die potentielle Energiegewinnung durch Solarkraft um ein Viertel höher als im Landesdurchschnitt.

Das Projekt, dessen Bau im Dezember dieses Jahres abgeschlossen sein soll, sei

laut Matos Teil der auf dem 6. Kongress der Kommunistischen Partei Kubas beschlossenen Strategie zur Förderung erneuerbarer Energiequellen. Die Zeitschrift „Energias Renovables“ berichtete vergangenes Jahr über eine Online-Debatte unter dem Titel „Energie und Umwelt“, an der auch hochrangige kubanische Regierungsbeamte teilnahmen. Expertenmeinungen zufolge soll der Anteil erneuerbarer Energie in Kuba bis 2020 von derzeit 3,8 Prozent auf 16,5 Prozent steigen. Damit wäre die angekündigte Erhöhung des erneuerbaren Energieanteils um 12 Prozent innerhalb von acht Jahren erfolgreich umgesetzt. Der kubanischen Zuckerindustrie kommt eine wichtige Unterstützerrolle bei der Umset-

zung dieses Ziels zu. Diese erzeugt jährlich circa 469.000 kWh durch Biomasse, was dem monatlichen Verbrauch von ungefähr 500.000 Wohnhäusern gleichkommt. Bereits in diesem Jahr könnte die Produktion von Biomasse zur Stromerzeugung um 10 Prozent gesteigert werden.

In den Plänen sind des weiteren der Bau einer 50 Megawatt Windkraftanlage im Osten Kubas sowie die Errichtung acht weiterer großer Windparks mit einer Gesamtleistung von bis zu 2080 Megawatt bis 2020 vorgesehen. Außerdem soll die Erhöhung der Wasserkraftkapazität von derzeit 60 auf 100 Megawatt durch 160 neue dezentrale Wasserkraftwerke erreicht werden. Bei der von Fidel Castro seit 2005 in Angriff genommenen „Energierévolution“ profitierten in entlegenen ländlichen Gebieten bereits 410 Schulen, 165 kollektive Fernsehräume, 20 soziale Einrichtungen und über 500 Wohnhäuser von derartigen Kleinkraftwerken.

# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

### JugendTreff Grone-Süd:

## ▶ 405.000 Euro „übrig“

**Als vor etlichen Jahren das Hochhaus neben dem JugendTreff gebaut war und die Wohnungen verkauft wurden, soll sich folgende Szene abgespielt haben: Interessent einer Wohnung in der 3. Etage „Was sind das für hässliche Baracken dort unten?“ Verkäufer: „Die sind nur provisorisch; die werden bald abgerissen!“ Wir wissen nicht, ob sich das Ganze genau so abgespielt hat, aber die „Baracken“ wurden Gott sei Dank nicht abgerissen!**

Nun aber war dem GT zu entnehmen, dass der Jugendtreffpunkt Grone-Süd tatsächlich abgerissen wird, um einem Neubau zu weichen; Wir sagen: Endlich! Das Barackengebäude mit Außentoiletten war seit langem nicht mehr wirklich brauchbar.

405.000 Euro darf das ganze maximal Kosten, da das Geld nicht aus dem Städtischen Haushalt kommt sondern aus dem „Rückfluss von Geldern der Sozialen Stadt“ (Weiß jemand außer uns auch nicht, wie das funktioniert? Egal, es ist Geld da!). Damit klärt sich auch die verwirrende Ankündigung des Oberbürgermeister Meyer, der beim Jahresempfang des Ortsrats noch davon sprach, dass mit dem Geld Räume in der Jonakirche bereitgestellt würden.

Allerdings: Durch die Bindung an das Programm „Soziale Stadt“ müssen alle Kosten bis zum 31.12.2013 abgerechnet sein. Das bedeutet, dass noch in diesem Jahr abgerissen und neu aufgebaut werden muss. Und man munkelt, dass vor Sep-

tember der Abriss wohl nicht beginnen wird (Was machen die eigentlich, wenn es ein schärferer Winter wird?).

Auf jeden Fall beglückwünschen wird die Jugendlichen und die MitarbeiterInnen des Jugendhauses zu ihrem Neubau, den mensch dann Sommers wie Winters nutzen kann und wo „indoor“ die Toilette genutzt werden kann. Auch drücken wir die Daumen, dass das Sanierungsgeld reicht und der enge Zeitplan funktioniert.

Aber wir stellen fest: Ohne den „Zufall“ der sog. Rückflussgelder hätten Jugendliche und MitarbeiterInnen wohl in Zeiten des Zukunftsvertrags noch eine lange Zukunft in ihrer Baracke gehabt. Normalerweise notwendige Erneuerungsmaßnahmen in anderen Stadtteilen oder in Zukunft auch in Grone werden es die nächsten zehn Jahre unter dem Spardiktat des sog. Zukunftsvertrages noch schwerer haben wenn nicht durch irgendeinen Zufall irgendwelche Projektgelder zur Verfügung stehen. (hf,gs)

### Hilfe wird gebraucht:

Um Kosten zu sparen wurden auch Eigenarbeiten durch die MitarbeiterInnen eingeplant, die diese zusammen mit den Jugendlichen und BewohnerInnen des Stadtteils durchführen werden. Die GroBiAn'e wurden bereits um Unterstützung gebeten und haben einen Arbeitseinsatz zugesagt. Wir hoffen – und gehen eigentlich auch davon aus – dass weitere Zusagen aus dem Stadtteil kommen werden.

## ▶ Internationales Straßenfest 2013

Ab und zu ist ein Hinweis auf Vergangenes erlaubt: Die Idee des Internationalen Straßenfestes entstand Anfang der 90er. Es sollte sich vom „Groner Bürgerfest“ unterscheiden: Es sollte mitten im Wohngebiet mit hohem „Ausländeranteil“, in Grone-Süd statt finden; es sollte das Miteinander von Deutschen und MigrantInnen fördern, auch kulinarisch und kulturell; es sollte ein Mitmach-Fest sein.

Im letzten Jahr, 2012, fand das 20. (!) Internationale Straßenfest statt – wie

immer veranstaltet von der „Groner Bürgerinitiative Antifaschismus“ (GROBIAN) und mitgetragen von vielen Groner BürgerInnen und diversen Einrichtungen und Vereinen.

In diesem Jahr, so die Pläne der Grobiane, sollten Andere die Initiative übernehmen. Aber die Angesprochenen fühlten sich überfordert. Andererseits gab es jedoch schon Anfragen, wann es denn los geht ...

Darüber haben die Grobiane beraten und sich durchgerungen:

Es soll auch in diesem Jahr wieder ein Internationales Straßenfest geben, nunmehr das 21.!

Das Fest soll wieder kleiner ausfallen und – so der Vorschlag - am 31. August oder 14. September von 14:00 bis 18:00 Uhr stattfinden. Dabei wollen wir auch wieder an den Ort zurückkehren, wo alles begann: In den Süntelweg! Aber wie immer mit Livemusik, Spielen, Essen (auch „halal“) und Trinken (ohne Alkohol).

Jeder, der dazu etwas beitragen kann und will ist herzlich eingeladen, sich bei Hendrik Falkenberg zu melden:

Handy: 0160-7666073,

Email: [hendrik@grobian-grone.de](mailto:hendrik@grobian-grone.de)

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

## ► Istanbul und Frankfurt ...

**sind zwar räumlich weit voneinander entfernt, im politischen und polizeilichen Handeln gegenüber Demonstrantinnen und Demonstranten befinden sie sich aber dicht bei einander.**

Da melden sich empörte Politiker aller Parteien und weisen vorwurfsvoll auf das Vorgehen der türkischen Polizei und den dafür verantwortlichen Ministerpräsidenten Erdogan hin. Mit Recht, denn was dort an brutalem Vorgehen gegen Demonstranten/innen in Istanbul und zwischenzeitlich vielen weiteren Städten in der Türkei geschehen ist, kommt dem Verhalten eines Polizeistaates gleich.. Aber auch in Frankfurt wurden Demonstrantinnen und Demonstranten, die gegen Bankenmacht, die einseitige Krisenpolitik zu Gunsten der Reichen und für internationale Solidarität auf die Straße gingen eingekesselt und z.T. brutal misshandelt. Begründung: Ein Teil hätte sich mit Schirmen und Sonnenbrillen verummmt. Wer sich die Bilder der martialisch ausgestatteten Hundertschaften der Polizei anlässlich der Blockupy Proteste vom Freitag, den 31. Mai anschaut fragt sich ernsthaft, wer hier wirklich verummmt war.

Weil die Eingekesselten erkenntnisdienstlichen Maßnahmen der Polizei nicht folgen wollten, wurde die Einkesselung über Stunden aufrechterhalten. Pfefferspray und Schlagstöcke wurden durch die Staatsmacht eingesetzt und einige Demonstranten/innen wurden zum Teil erheblich verletzt. „Armer Staat, der Banken und Superreiche schützt und das verbrieft Demonstrationsrecht aushöhlt

und aushebelt“. Während in der Türkei das Demonstrationsrecht erst noch Verfassungsrang erhalten muss, ist es bei uns ein grundgesetzlich verankertes Recht. In der Türkei muss sich noch einiges Tun, um Grund- Und Menschenrechte zu sichern, betonen deutsche Politiker immer wieder. Hier wie dort wurden durch das brutale Vorgehen der Polizei die demokratischen Rechte von Menschen mit Füßen getreten. Da müssen wir also nicht nur vorwurfsvoll und moralisierend an den Bosphorus schauen. Da wäre zuerst einmal auch ein in Blick in den eigenen Spiegel angebracht. Die Solidarität der Linken gilt auf jeden Fall sowohl den türkischen als auch den deutschen Demonstranten/innen.

### **Kennzeichnungspflicht für Polizisten!**

Die Forderung nach Kennzeichnungspflicht von Polizisten erhält durch den teilweise brutalen Polizeieinsatz in Frankfurt aktuelle Berechtigung. DIE LINKE in Göttingen verweist in diesem Zusammenhang auf die erst vor wenigen Tagen zum wiederholten Male gemeinsam gefassten Erklärungen und Forderungen von „Bündnis gegen Rechts“, „Bürger/innen beobachten Polizei und Justiz“, Gewerkschafter/innen, Grünen, Linken und weiteren Gruppen nach Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten insbesondere auch bei

Demo-Einsätzen. Gerade auch das Verständnis unseres sich immer noch im Amt befindlichen Polizeipräsidenten Kruse und seiner Einsatzbefehle in der Göttinger Uni-Demo anlässlich eines Schöne-mann-Besuches, die von ihm zu verantwortenden Einsätze gegen Anti-



## **Kontakte:**

**Wählerinnengemeinschaft  
GöLinke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)  
SprecherInnenkreis:  
Barbara Kunis, Brunhilde Schöne,  
Thomas Bahrs, Gerd Nier,  
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 05 51-4 00 24 99  
Fax 05 51-400 20 79  
[goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiterin:**

Doreen Wohrab

**Öffnungszeiten des Büros:**

Dienstag, 09-13 Uhr  
Mittwoch, 13-16.30 Uhr  
Donnerstag, 09-17 Uhr

**Fraktionssitzung:**

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

**Mandatsträger:**

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
Patrick Humke  
Civar Akad

### **Kommunalpolitischen Arbeitskreis:**

**In den Monaten Juli und August findet voraussichtlich kein kommunalpolitischer Arbeitskreis statt.**

Atom-Aktivisten/innen in Grohnde etc. erfordern es, dass jeder einzelne Polizist – auch wenn er sich auf Befehlsnotstand beruft – wie jeder Bürger für unrechtmäßiges Handeln zur Rechenschaft gezogen werden kann. Ein fiktiver Dialog im Göttinger Online-Magazin goest verdeutlicht die momentane Situation kurz und anschaulich: „Der Richter: *Und wer hat Sie geschlagen und dabei verletzt? Demonstrant: Mh tja, also der war verummmt aber wir haben ein Video davon, den müsste man doch rausfinden.*

Richter: *Nein, da ist niemand identifizierbar, der Beschuldigte ist so nicht zu ermitteln – da kann ich niemanden verurteilen.“*

(gn)

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung:

**Mittwoch den 21.08.2013 um 19.00 Uhr im Roten Zentrum**

1. Tagesordnung
2. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
3. Bildung / Umbildung von Ortsverbänden
4. Bundestagswahlkampf
5. Termine / Mitteilungen
6. Verschiedenes

## Wahlkampfveranstaltungen:

Ab dem **24.08.2013** wird es regelmäßig Infostände in der Innenstadt geben. Wer mithelfen möchte, wende sich bitte an den OV Göttingen: [ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

## Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl von Verdi:

Am **27.08.2013 um 17.30 Uhr** in der ver.di Geschäftsstelle Göttingen Groner-Tor-Str. 32 zu den Themen Gesundheit / Pflege, Arbeit / Entlohnung, Gerechtigkeit / Umverteilung mit Direktkandidat Gerd Nier

## Seminar: „Fit für den Wahlkampf“:

Für alle interessierten Genoss/innen, die eine inhaltliche Vorbereitung anhand des Programmes der LINKEN auf den kommenden Wahlkampf möchten, richtiges Argumentieren am Stand, inhaltliche Grundlagen unserer Parteipolitik und mehr. Referent Dirk Tegtmeyer.  
**Mittwoch den 07.08.2013 um 18.00 Uhr im Roten Zentrum**

## Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Mittwoch, 3. Juli 2013, 19 Uhr, Rotes Zentrum, sowie  
Montag, 5. August 2013, 19 Uhr, Rotes Zentrum**

Thema wird vor allem der kommende Bundestagswahlkampf sein; weitere Themenvorschläge nimmt der OVSR gerne entgegen.

### OV Hann. Münden Hauptversammlung

**Freitag, 12. Juli um 19.00 Uhr** auf dem Campingplatz in Hann. Münden, Tanzwerder 1  
**Freitag, 09. August um 19.00 Uhr** auf dem Campingplatz in Hann. Münden, Tanzwerder 1

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung

erfragen bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a in Dransfeld; Tel.05502/4798034

### OV Adelebsen-Bovenden

Bitte erfragen bei Oliver Preuss (s. Kontaktleiste)

### Ortverband Rosdorf Mitgliederversammlung

**Dienstag, 13. August, 19.30 Uhr** im Gemeindezentrum Rosdorf, Raum 13  
Thema: LINKE Kommunalpolitik (mit Eckhard Fascher) und Wahlkampf

## Arbeitskreise:

### Ökologische Plattform:

Infos bei Eckhard, Tel. 0551-40137061/ 0160-91330457, E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft:

Termine bitte bei Andreas Gemmecke erfragen (Adressenspalte Terminseite)

### Linksjugend [;solid]:

Das regelmäßige Treffen findet an folgenden Terminen statt: **10. Juli, 24. Juli, 14. August und 28. August**, jeweils 19 Uhr im Roten Zentrum. Alle Interessenten (unter 35 Jahren) sind herzlich willkommen. Ansprechpartner ist derzeit Kristof Roloff: [solid@die-linke-goettingen.de](mailto:solid@die-linke-goettingen.de)

### Hochschulgruppe DIE LINKE SDS

Termine bitte bei Florian Gruhl, E-Mail: [florian.gruhl@wpl](mailto:florian.gruhl@wpl) erfragen

**Kreisverband Göttingen**  
Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: (0551) 49 56 66 80  
[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum  
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

## Newsgroup:

Anmeldung unter:  
[webmaster@die-linke-goettingen.de](mailto:webmaster@die-linke-goettingen.de)

## Linksjugend [;solid]:

[solid@die-linke-goettingen.de](mailto:solid@die-linke-goettingen.de)

## Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS

Florian Gruhl,  
E-Mail: [florian.gruhl@wpl](mailto:florian.gruhl@wpl)

## OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:  
[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

## OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,  
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,  
E-Mail: [hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

## OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546  
[rosdorf@die-linke-goettingen.de](mailto:rosdorf@die-linke-goettingen.de)

## OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,  
E-Mail: [adelebsen@die-linke-goettingen.de](mailto:adelebsen@die-linke-goettingen.de)  
oder [bovenden@die-linke-goettingen.de](mailto:bovenden@die-linke-goettingen.de)

## OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
E-Mail: [dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Arbeitsgruppen

**AG Sozialpolitik:** Patrick Humke,  
Tel. 05 51-5 31 15 63,  
[patrick.humke@dielinke-goettingen.de](mailto:patrick.humke@dielinke-goettingen.de)

**Ökologische Plattform:**  
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de](mailto:eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de)

**AG Betrieb & Gewerkschaft**  
Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-gb@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-gb@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,  
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457,  
Festnetz: 0551-40137061  
E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de) oder

## Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800  
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 10 - Juni 2013

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 tel 05 51-525 108  
 fax 05 51-525 803  
 dielinke@landkreisgoettingen.de  
 www.dielinke-goettingen.de

## EDITORIAL

Die Kreistagssitzung am 12. Juni stand ganz im Zeichen der Neufestlegung der Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft (KdU) für EmpfängerInnen von Leistungen nach SGB II und XII. Für DIE LINKE begann die Sitzung daher bereits eine Stunde früher mit einer Kundgebung vor dem Neuen Rathaus, zu der erfreulich viele GenossInnen erschienen waren.

## TOP 7 – Festlegung der Angemessenheitsgrenzen für die KdU

Nachdem im Frühjahr ein neues „Gutachten“ vorgelegt wurde (wir berichteten), begann unser Landrat sofort damit, dessen Umsetzung einzuleiten. Die Mehrheitsgruppe fand sich jedoch in der unangenehmen Situation wieder, im Wahlprogramm zwar angekündigt zu haben, dass die Mieten für – insbesondere – Hartz VI-Bezieher in ihrer tatsächlichen Höhe übernommen werden sollten, nun aber aus dem Gutachten das genaue Gegenteil davon hervorging. Also stellte man einen Änderungsantrag mit vielen, überwiegend kosmetischen, Korrekturen, in dem vor allem viele dehnbare Begriffe Verwendung fanden.

Auf die Kritik, dass in die Zahlen für die Stadt Göttingen auch die Gemeinden Rosdorf und Bovenden mit allen Dörfern einbezogen wurden, reagierte Frau Ralle von der SPD mit der lakonischen Bemerkung, "dass die Göttinger eben damit leben müssen", auch wenn es problematische sei – die Richtigkeit der Methodik zweifelte sie aber nicht an. Zudem war sie frohen Mutes, die Verwaltung werde bei Bagatellfällen schon das richtige Augenmaß besitzen. Auch Dietmar Linne von den Grünen versprach, die Verwaltung werde „großzügig entscheiden“ und „hofft“, sie werde es so umsetzen, wie der Kreistag es möchte. Sein Fraktionskollege Schwedhelm beschwichtigte noch weiter: „Wir wollen das sozial abfedern“ und „niemand wird umziehen müssen“. Außerdem sei der Regelsatz viel zu niedrig und werde nach einem Wahlsieg im September auch um ein paar Euro erhöht.

Die CDU sprach dagegen offen aus, was man dort denkt, schließlich sei für die Verwaltung „kein Ermessensspielraum gegeben“ und wer nachweisen könne, preiswerteren Wohnraum zu suchen, müsse auch nicht umziehen. Anders gesagt: Drangsalier zu werden und pausenlos „Beweise“ für dieses und jenes zu erbringen sollte in Zukunft die Hauptbeschäftigung für LeistungsbezieherInnen sein.

Im Plenum erklärte Eckhard Fascher für DIE LINKE, das Gutachten nicht anzuerkennen: Niemand glaube ernsthaft, dass in Göttingen die Mieten gefallen seien. Andreas Gemmecke fragte in seiner Rede, wo denn der angeblich ausreichend vorhandene preiswerte Wohnraum zu finden sei, vor allem vor dem Hintergrund, dass ca. 1/3 aller LeistungsempfängerInnen betroffen sind.

Zuvor schon wurden während der Kundgebung die Ergebnisse des Gutachtens angezweifelt. Zu der Kundgebung hatte neben der LINKEN eine Vielzahl weiterer Organisationen aufgerufen. Es kamen zwar nicht die 3000 von der Neuregelung betroffenen Personen, aber der Protest war sichtbar und hätte die Abgeordneten von SPD und Grünen durchaus zum Nachdenken anregen können, was jedoch unterblieb -> Der Antrag der Mehrheitsgruppe wurde angenommen, unterstützt auch von der FWLG.

## TOP 6 – Creative Commons Lizenz

Bereits im Frühjahr 2012 stellte DIE LINKE im Kreistag gemeinsam mit dem Piraten einen Antrag, nichtamtliche Veröffentlichungen des Landkreises zukünftig unter der Creative Commons Lizenz "CC BY 3.0" herauszugeben.

Auch dieses schmeckte der Mehrheitsgruppe nicht, so dass sie mit einem Änderungsantrag aufwartete. Nach diesem sollte stattdessen die „Datenlizenz Deutschland“ zur Anwendung kommen. Diese bietet zwar eine Vielzahl gestaltbarer Möglichkeiten, hat aber den Nachteil, gerade dadurch Unüberschaubarkeit herbeizuführen und lässt es auch nicht zu, Daten etwa bei Wikipedia Verwendung finden zu lassen.

Nachdem von der LINKEN und dem Piraten darauf hingewiesen wurde, dass die Creative Commons Lizenz etwa im Landkreis Hameln-Pyrmont zur Anwendung kommt, hielt die Mehrheitsgruppe daran fest, sich auf eine Meinung zu stützen, die ihr lediglich in einem professionell gehaltenen Vortrag während einer Ausschusssitzung nahegebracht wurde.

Die Anwendung der „Datenlizenz Deutschland“ wurde gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen.

## TOP 8 – Gemeinsame Schulentwicklungsplanung Stadt und Landkreis Göttingen

Alle waren sich darin einig, dass die Planung neuer Gesamtschulen im Stadtgebiet von Stadt und Landkreis gemeinsam erfolgen muss. Zum ersten Treffen ist bereits von Seiten der Stadt eingeladen worden. Eckhard Fascher freute sich über die Entwicklung in der Stadt und forderte die Einrichtung einer weiteren Integrierte Gesamtschulen auch für den Westkreis. Aktuell gibt es an den Göttinger Gesamtschulen eine hohe Zahl von Abweisungen. Der Elternwillen entspricht also dem, was DIE LINKE seit langem fordert.

## TOP 9 – Veggie-Tag in Schul-Mensen und Kantinen

Ein gemeinsamer Antrag der Grünen und der LINKEN wurde gegen die Stimmen der CDU angenommen. Er sieht vor, an einem Tag in der Woche in Schul-Mensen und Kantinen ausschließlich vegetarische Kost anzubieten.

Für CDU und FDP ist das natürlich wieder Bevormundung mündiger Bürger. Sachliche Argumente, wie der Hinweis auf die Effekte übermäßigen Fleischkonsums auf den Klimawandel und die Gesundheit, prallen bei diesen Leuten regelmäßig ab. Ebenso, dass es hier eher um die Symbolik geht und insbesondere Kindern und Jugendlichen nahegebracht werden soll, welche Alternativen es zu Fleischkonsum gibt.

## TOP 10 – Fall Asklepios

In einer „Aufforderung an die Landesregierung“ unterstützte der Kreistag mehrheitlich die Kritik an den Zuständen in den Asklepios-Kliniken Göttingen und Tiefenbrunn, so wie sie vor allem von ver.di vorgebracht werden. Die Privatisierung wurde auch von Seiten der SPD als falsche Entscheidung bezeichnet, da in der Folge in diesem hochsensiblen Bereich unerträgliche Personalkürzungen vorgenommen worden sind. Massive Arbeitsverdichtung, Outsourcing und Verringerung der Standards haben inzwischen zu unerträglichen Arbeitsbedingungen geführt. DIE LINKE fordert die Rückabwicklung der Privatisierung!

# ► Demokratie in Deutschland ...

## ... anhand der Erfahrungen aus Frankfurt

**Name:** Axel Köhler-Schnura

**Alter:** 64 Jahre

**Beruf:** Ökonom

**Engagement:** *Coordination gegen BAYER-Gefahren, Stiftung ethecon, Kritische AktionärInnen, Gewerkschaft, DKP*

**Frankfurt, Basler Platz, Samstag 01. Juni 2013**

Um 10 Uhr noch recht leer, strömen bis ca. 12 Uhr zig Tausende zusammen. Wie man es von der letzten Blockupy-Großdemonstration 2012 her kennt: Bunt, laut, phantasievoll. Kinder, Jugendliche, Grauhaarige. Von nah und fern. Sprachgewirr aus ganz Europa. Transparente wie: „S21 - bei Brand effizienter als jedes Krematorium“. Oder: „Gegen Bankenmacht und Profitgier!“ Während verdi- und IG-Metall-Fahnen neben attac, Linkspartei- und anderen Fahnen gut sichtbar waren, habe ich nicht eine einzige Fahne der Grünen gesehen und auch die SPD glänzte durch Abwesenheit.

Die Medien berichteten über Blockupy am Vortag (31.05.2013). Es ging um Aktionen der „Anti-Kapitalisten“, wie das Etikett lautete, das jedem, der gegen Machtmissbrauch und Verbrechen der Banken und Konzerne in Frankfurt protestierte, aufgepappt wurde.

Nachdem die Stadt Frankfurt und das Land Hessen bereits bei den vorjährigen Blockupy-Aktionen wegen ihres rüden Umgangs und ihrer mit den Grundrechten in Widerspruch stehenden Haltung zum Demonstrationsrecht aufgefallen waren, gab es im Vorfeld der diesjährigen Aktionstage ab dem ersten Tag ein zähes Ringen zwischen den VeranstalterInnen von Linkspartei, attac, verdi und anderen und den Behörden:

Das Verwaltungsgericht musste entscheiden. Und hat entschieden: Ja, es darf natürlich auch im Flughafen demonstriert werden. Ja, es darf natürlich eine Großdemonstration am Samstag an der EZB vorbei stattfinden. Doch das scherte das Innenministerium und die Polizei einen Dreck! Offen und unverhohlen wurden die Urteile missachtet. Die Demonstrationen am Freitag im Flughafen wurden durch Polizeimacht unterbunden, in der Innenstadt gab es bei kleineren Aktionen jede Menge Polizeirepression.

Und dann kam der Samstag. Und mit ihm die zig Tausenden aus ganz Europa und ganz Deutschland, die sich auf dem Basler Platz versammelten und gemeinsam ihrem Unmut - je nach politischer Gesinnung - über Abzockerei, Umverteilung, kapitalistische Ausbeutung, Bankenrettung und Troika-Diktate zum Ausdruck bringen wollten. Um 12 Uhr herum setzte sich der Zug in Bewegung. Nur 20 Minuten später und lediglich dreihundert Meter weiter, ging nichts mehr. Die Demonstration stand in einer öden Hochhausschlucht.

Was war passiert? Eine Armada von hochgerüsteten und verummten Polizeikriegern hatte im ersten Teil der Demonstration den Block der Interventionistischen Linken aus dem Nichts heraus brutal überfallen und eingekesselt. Mit FreundInnen stand ich unmittelbar an der Nahtstelle. Vor mir fünf dichtgedrängte Reihen schwarzer Repressionskräfte. Dahinter der Kessel mit vielen hundert DemonstrantInnen und einem Lautsprecherwagen. Links und rechts vielgeschossige Häuserwände, davor schließlich das Ende der Demonstration in Form einer massiven Wand von furchterregend mit Helm, Schlagstöcken, Chemiesprayern, Pistolen etc. bewaffneten Hundertschaften.

In einer Art Putsch hatten Innenministerium und Polizeiführung mit einem Gewaltakt die Verfassung gebrochen, die nach Recht und Gesetz gefassten Gerichtsurteile zu Klopapier degradiert und das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit unter klobige Polizeikampfstiefel getreten.

Hinter uns knapp zwanzigtausend DemonstrantInnen. Die etwa zweihundert Streitkräfte, die ohne jeden Grund und ohne jede Rechtsgrundlage mit brutaler Gewalt den Kessel von den zig Tausenden der Rest-Demonstration trennen mussten, waren von ihrer Führung wesentlich in allerhöchste Gefahr gebracht worden. Eine unbedachte Reaktion in der durch Polizeigewalt aufgeheizten Stimmung, der kleinste Ärger hätte eine Katastrophe auslösen können.

Auge in Auge standen wir zwei Stunden wandelnden Kampfmaschinen gegenüber, von denen unter Helm, Schutzvisier und Sturmhaube lediglich ein Augenpaar zu sehen war. Ab und

zu ein verunsichertes, hin und wieder ein hilfloses. zumeist jedoch aggressive, hochmütige, brutale Blicke. Aber: Es geschah nichts. Alles blieb zum Zerreißen gespannt, aber friedlich.

Unterhalb der Augen mächtige Kampfmonturen. Die berüchtigt-hochgefährlichen Tonfa-Schlagstöcke und das lebensbedrohlich Chemiegas griffbereit. An den Händen die als Waffe eingestuft Quarzsandhandschuhe. An den Beinen schwere Kampfstiefel. Zusätzlich an Beinen, Armen, Oberkörper zentimeterdicke Hartplastikschiene, mit denen jeder Schlag schwere Verletzungen auslösen kann. Bürgerkriegssoldaten gegen unbedarfte Bevölkerung in T-Shirts und Freizeitkleidung.

Neben mir und hinter mir Jugendliche, aber auch zahllose Grauhaarige, manche deutlich älter als ich. Männer und Frauen. Wir hätten Eltern und auch Großeltern der vor uns stehenden Kampfmaschinen sein können. Die Demonstration blieb besonnen. Im Kessel verweigerten die Menschen ihre Festnahme (mit Personalfeststellung und erkennungsdienstlicher Behandlung), die Rest-Demonstration verweigerte die Trennung vom Kessel und die Umleitung auf eine andere Demo-Route. Die DemonstrantInnen ließen sich nicht spalten und beharrten auf der genehmigten Route.

Das passte nicht in den Plan der Verfassungsbrecher. Eskalation und vor allem „Straßenschlacht“ waren gewünscht, um das zuvor von ihnen an die Wand gemalte Szenario zu bestätigen; um friedlich demonstrierende Menschen als „anti-kapitalistische Gewalttäter“ diffamieren und verteufeln zu können; um in den Medien die Bevölkerung abzuschrecken, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen.

Doch dann plötzlich. Die friedliche Spannung explodierte. Allerdings nicht durch Hitzköpfe in der Demo, nein durch die Staatsgewalt. Die Kampfgasflaschen wurden gezückt, die Tonfas zum Einsatz gebracht. Wahllos wurde auf Alte und Junge eingedroschen. Ich bekam - glücklicherweise nur gering - Pfefferspray ab. Den weitausholenden Tritt mit dem Kampfstiefel sah ich kommen - allein, in dem Massentumult um mich herum gab es kein Entkommen. Durch die Kleidung hindurch bekam ich einen Stiefelabdruck auf dem Linken Oberschenkel verpasst (12 cm lang, vier cm breit). Auf Nase und Oberkörper wurde ich geschlagen. (Das ärztliche Attest zu allem steht noch aus.)

Meine PartnerInnen und FreundInnen wurden mir gewaltsam und brutal von



der Seite gerissen - weg waren sie. Sie berichteten von der gleichen Gewalt, wie ich sie erlebte. Aber auch: Ein junger Polizist brach unter seinem Visier in Tränen aus - er stammelte, „das geht doch nicht, das sind doch alte Menschen“. Ein anderer junger Polizist hat Christiane (meine Frau) gerettet, indem er sie hinter sich riss und so vor dem Chemiegas und den Prügeln seiner geradezu im Gewaltrausch befindlichen KollegInnen - jawohl, jede Menge Frauen waren dabei! -schützte.

Ich drängte mich aus der Kampfgaswolke und der Gewaltorgie in die Grünzone am Straßenrand. Kurz darauf tauchten wie ein Wunder meine FreundInnen auf. Auch sie von Tonfas und Kampfgas verletzt. Wir drängten weiter zum Rand, dorthin, wo auch die Verwundeten sich schleppten oder geschleppt wurden. Junge und Alte. Knallrot entzündete Gesichter, verquollene Augen, Hustenkrämpfe mit Schleimauswurf, unkontrollierte spastische Zuckungen, Zittern von Kopf bis Fuß. Meine Humpelei, die Schlagstock-Prellungen meiner FreundInnen und auch unsere nur gering gereizten Augen, erschienen uns als Bagatellen im Vergleich dazu, was sich vor unseren Augen an Schmerz und Leid abspielte.

Auch dort - etwa acht Meter abseits der Straße - hochgerüstete Kampfkräfte, die auf einer Länge von etwa 150 Metern die Demonstration - wie auch auf der anderen Straßenseite - hermetisch abriegelten und niemanden hindurch ließen. Eine gigantische, am Ende noch offene Kesselbedrohung. Wohlgermerkt zusätzlich zum bereits geschlossenen. Dadurch war es den Zigtausenden u.a. nicht möglich, auszutreten, zu den von der Demoleitung bereitgestellten Dixi-Toiletten oder anderswohin, um z.B. Essen und Trinken zu besorgen, wurden sie nicht durchgelassen.

Meine FreundInnen und ich forderten angesichts der vielen Verletzten in der kleinen Grünanlage und der fehlenden medizinischen Versorgung der Reihe nach etwa ein Dutzend der Repressions-soldatInnen auf, ärztliche Hilfe zu rufen. Keinerlei Reaktion. Kollektiv und noch dazu im Amt unterlassene Hilfeleistung! Aber keine Möglichkeit zur Strafanzeige, denn alle trugen ihre Einsatznummer für uns unsichtbar auf der Rückseite ihrer Monturen. StraftäterInnen mit staatlich geschützter Anonymität.

Überhaupt die Identifikation! Ich habe bei dem Polizisten, der mich vorsätzlich verletzt hat, klar die abfällig und höhnischen blickenden Augen im zentime-

terbreiten Sturmhaubenschlitz gesehen, allein die Einsatznummer war auch in diesem Fall für mich uneinsehbar auf seinem Rücken.

Die immer zahlreicher werdenden Verletzten mussten sich selber helfen. In solidarischem Miteinander wurden die Augen mit allen verfügbaren Trinkwasserflaschen gespült. In einem Fall konnte ich beobachten, wie eine junge Polizistin zwei ihrer eigenen Wasserflaschen an die Verletzten weiterreichte. DemonstrantInnen brachten die Opfer weiter nach hinten in sichere aber dennoch links und rechts mit Wasserwerfern und polizeilichen Streitkräften bedrohte Demo-Bereiche, wo sie von ÄrztInnen und Krankenpersonal, die sich unter den DemonstrantInnen befanden und zur Hilfe einfanden, versorgt wurden.

Und dann erneut ein Angriff ohne Vorwarnung. Hinter uns die anhaltende Prügelei der Einsatzkräfte an der Spitze des Demonstrationszuges und auf der anderen Seite der Barriere die Kampfgaswolken in den Kessel hinein. Zu unseren Füßen die Verletzten. Da wurden die Absperrgitter vor uns schlagartig auf etwa fünf Meter geöffnet, und ein frontaler Angriff auf uns, die wir Schutz suchten, geführt. Erneut keinerlei Chance zurückzuweichen oder sonst irgendwohin in Sicherheit zu kommen.

„Ich prügte dir die Birne zu Matsch“ flüsterte der vor mir stehende Robo-Cop klar und deutlich vernehmbar im Adrenalin-Rausch mit gezückter Tonfa. Daneben seine KollegInnen wieder mit den Kampfgas-Geräten im Einsatz. Zu den Verletzten neue Verletzte. Ein weiteres Mal Verantwortungslosigkeit der Polizeiführung gegenüber ihren Untergebenen. Auch hier hätten die brutalen Angriffe der gerade einmal etwa zwei Dutzend in blinde Gewaltattacke geschickten Kräfte gegen Tausende in Mord- und Totschlag enden können.

Doch die Rechnung der Herrschenden ging nicht auf. Von 14 Uhr mittags bis 20 Uhr abends wurde kontinuierlich weiter geprügelt und Unmengen von Kampfgas über die DemonstrantInnen ausgespritzt. Die Flut der Verletzten riss nicht ab. Nichts konnte die Einsatzkräfte stoppen. Nicht die im Kessel befindlichen Bundestagsabgeordnete, nicht die eingekesselten Kinder. Einzeln wurden nacheinander über die vielen Stunden hinweg unter brutaler Gewaltanwendung hunderte von DemonstrantInnen im Kessel festgenommen, der Personalienfestellung und erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen und mit Platzverweisen

entlassen. Sie durften nicht mehr an der Demonstration teilnehmen und sich teilweise in ganz Frankfurt nicht mehr aufhalten

Schließlich sogar die gewaltsame Übernahme des im Kessel befindlichen Lautsprecherwagens durch ein Spezialkommando. Offenbar sollte so die Kommunikation mit der Rest-Demonstration - erneut ohne jeden Anlass und ohne jede Rechtsgrundlage - unterbunden werden.

Doch nichts, aber auch nichts!, konnte die Ruhe und Friedlichkeit der Demonstration ins Gegenteil kehren. Tausende harrten bis in die Nacht aus, bis auch der allerletzte aus dem Kessel festgenommen war. Die Blockupy-Demonstration in Frankfurt am 01. Juni 2013 ließ sich nicht spalten. Die von der Staatsgewalt in willkürlicher Repression Festgenommenen wurden zu keiner Zeit alleingelassen. Die den ganzen Tag über andauernden in brutaler Gewalt geführten Angriffe blieben ohne das gewünschte Ergebnis - niemand aus der Demonstration von zig Tausenden tappte in die gestellte Kriminalisierungsfalle.

Offener Verfassungsbruch, unverhohlene offene Degradierung der Justiz durch die Exekutive buchstäblich zu Idioten, bürgerkriegsähnliche Gewalt gegen friedliche Menschen, grundlose Beraubung der Grundrechte: Ein wahrhaft schwarzer Tag in der Geschichte der Bundesrepublik!

Das alles im Schatten der glitzernden Türme der Banken und Konzerne, vor deren Türen sozusagen. Die Herrschenden - auch in Deutschland, denn in der Türkei, in Griechenland, Italien, Spanien, Irland und anderswo zeigen sie es bereits seit langem - haben gezeigt, wozu sie bereits sind: Profit und Kapitalismus, die zusammengeplünderten Vermögen der Ultra-Reichen werden sie mit aller Gewalt - auch unter offenem Verfassungsbruch - schützen. Die auf ihren Rechten und Interessen beharrende Bevölkerung, die für die Verbesserung ihrer Lage eintretenden arbeitenden Menschen werden sie unverhohlen auch mit bürgerkriegsähnlicher Repression bekämpfen.

Dagegen steht die kraftvolle Solidarität der Tausenden in Frankfurt und der Millionen in Europa und der Milliarden in aller Welt. Noch am Nachmittag gingen in mehreren Städten Menschen mit Solidemonstrationen mit den Eingekesselten auf die Straße.

*Fortsetzung auf der Seite der DKP - Seite 8*

# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## Fortsetzung „Demokratie in Deutschland ...“ (siehe Einlage)

Herausragend auch die über an Schnüren und Seilen befindlichen Körbe, die von AnwohnerInnen auf beiden Seiten des Kessels von Fenstern herab mit Wasser und Lebensmitteln zu den gefangenen Menschen herabgelassen wurden.

Frankfurt hat in aller Deutlichkeit erneut die Richtigkeit dessen bewiesen, was bereits Thomas Müntzer im 16. Jahrhundert in den Deutschen Bauernkriegen feststellte: „Die Herren machen es selber, dass ihnen der arme Mann feind wird!“

Auch mit allergrößter Gewalt und Repression wird sich der wachsende Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung nicht aus der Welt schaffen lassen. Im Jahr 1990 wurde das „Ende der Geschichte“ verkündet, der Kapitalismus entfesselt und zum Heil der Menschheit erklärt. Seit Beginn der 2000er Jahre erleben wir, wie weltweit sich der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung entwickelt, wächst und wächst. Wer kann die Demonstrationen der letzten 10 Jahre noch zählen?! Wer kann noch überblicken, wo tagtäglich neu der Widerstand aufflammt?! Die Menschen nehmen nicht hin, dass auf Kosten von Milliarden einige wenige Tausend Ultra-Reiche und deren Konzerne die Welt plündern; dass Not und Elend immer weiter um sich greifen und zugleich die Millionäre zu Milliarden werden und die verbrecherischen Konzerne und Banken mit Billionen am Leben gehalten werden. Die Welt nimmt sehr wohl zur Kenntnis, dass die Bundeskanzlerin Merkel dem verbrecherischen

Abzocker Hoeneß in London - erneut unverhohlen – freundlich lächelnd die Hand schüttelte. Sie erkennt die Allianz zwischen Kapital und Politik.

Es gilt der Satz der 70er und 80er: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Ich schreibe und verbreite diese Zeilen, weil die herrschenden Medien die Medien der Herrschenden sind und dort das, was ich als Augenzeuge schmerzlich miterleben musste, falsch falsch oder gar nicht berichtet werden wird. Weil der Lüge die Wahrheit entgegen gestellt werden muss.

Pfefferspray ist ein lebensgefährliches Kampfgas. Friedliche DemonstrantInnen sind keine „Gewaltäter“. Die bei der Demonstration eingesetzte Polizei war eine mit gefährlicher Passiv- und Aktivbewaffnung hochgerüstete Bürgerkriegsarmee. Sie überfiel über Stunden hinweg auf befehl „von oben“ immer wieder ohne jeden Anlass die friedliche Demonstration und mit ihr Zehntausende von gewaltfrei demonstrierenden BürgerInnen. Den DemonstrantInnen wurden ihre nach Verfassung und Gerichtsbeschluss zustehende Demonstration und ihre ebenfalls nach Verfassung und Gerichtsbeschluss zustehende Demonstrationsroute gewaltsam verweigert. Es gab nicht „mehrere Verletzte“, sondern Hunderte von der Polizei verletzte Menschen. Innenministerium und Polizeiführung brachen ohne Skrupel und öffentlich die Verfassung und die Grundrechte. Bezeichnender-

## Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

### Dienstag, 09. Juli, 19.00 Uhr

Sommergrill in Gunnar's Garten, Harzstrasse 13

### Dienstag, 28. Juli, 20.00 Uhr

Thema: Betriebliche Orientierung – Fortsetzung der Diskussion zum Arbeitsplan (Tom)

### Dienstag, 06. August, 20.00 Uhr

Thema: Unser Herangehen an die Bundestagswahl 2013

### Dienstag, 20. August, 20.00 Uhr

Thema: Organisationspolitik hier Neuausgabe der Mitgliedsbücher im Herbst

Die **Sitzungen des Sprecher/innenrates** finden in der Regel am 1. Montag im Monat statt. Nähere Informationen über [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de).

weise unmittelbar vor der Europäischen Zentralbank (EZB). Bereits vor Gericht hatten sie versucht, die Demonstrationsroute zur EZB zu unterbinden. Wie sagt die englische Vereinigung des Hosenbandordens? „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.“

Mit herzlichen Grüßen. Axel Köhler-Schnura

**UZ Sozialistische Wochenzeitung der DKP** Rote Fahnen sieht man besser!

**Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!**

Name  Vorname

PLZ / Ort / Straße Nr.

E-Mail

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

## ▶ Nicht nur für DKPlerInnen!

**Bildungsangebot :  
Einführung in den  
Historischen Materialismus**

Der für den 2. Juni vorgesehene Start wird verschoben auf den **04. September 2013**

Anmeldung unter:  
[goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)  
(siehe auch Göttinger Blätter Juni 2013)

# GÖLINKE. Ratsinfo *aktuell*

Nr. 16  
Juni 2013

Editorial Auch die Juni-Ratssitzung war eine recht kurze Sitzung, in welcher es wenig Strittiges gab. Ein Antrag der Grünen für eine Bienenfreundliche Stadt wurde ebenso in den Ausschuss verwiesen, wie der der CDU für noch ein neues KdU-Gutachten. Wichtigster Punkt war eine gemeinsame Resolution.

Fraktion Göttinger Linke  
Neues Rathaus, Zi. 196  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
tel 05 51-4 00 24 99  
fax 05 51-4 00 20 79  
goelinke-fraktion@goettingen.de  
www.die-linke-goettingen.de

TOP 5 Resolution zur Ratssitzung am 14. Juni 2013 an das Land Niedersachsen **Autorisierung** an die Landesregierung die Asklepios-Kliniken in Göttingen und Tiefenbrunn zu überprüfen

1. Der Rat der Stadt Göttingen bittet die Niedersächsische Landesregierung, die stationäre psychiatrische und regionale Versorgung der Bevölkerung entsprechend den medizinischen, psychiatrischen und psychotherapeutischen Kenntnissen sicherzustellen.
2. Die Landesregierung wird vom Rat der Stadt Göttingen gebeten, die Einhaltung der bestehenden Verträge mit der Asklepios Kliniken Verwaltungsgesellschaft mbH zu prüfen.
3. Die Landesregierung wird gebeten, den Verkauf der niedersächsischen Landeskrankenhäuser in Göttingen und Tiefenbrunn zu überprüfen und – soweit die Vorteile die Nachteile überwiegen und die rechtliche Möglichkeit besteht – rückabzuwickeln.
4. Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, die im Zuge der Privatisierung der Landeskrankenhäuser 2007 abgeschlossenen Kaufverträge mit Asklepios für die ehemaligen Landeseinrichtungen LKH Göttingen und Fachklinikum Tiefenbrunn zu veröffentlichen. Unter Wahrung schutzwürdiger Interessen sollen dabei insbesondere Kaufauflagen, die Personalbestand und -stärke betreffen, offengelegt werden. Darüber hinaus sollen alle weiteren Nebenvereinbarungen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Zur Vorgeschichte der Resolution: Punkt vier wurde als eigener Antrag von uns den anderen Fraktionen angeboten, die wiederum mit den ‚butterweichen‘ Punkten eins bis drei reagierten, sich aber nach einer Bedenkzeit noch auf die Ergänzung ihrer Resolution durch unseren Antrag einließen. Einzig die CDU wollte die Resolution so nicht mittragen. Während der Ratssitzung erklärte dann Fritz Güntzler, dass zur Offenlegung eines Vertrages immer zwei Parteien gehörten. Auf die von der CDU vorgeschlagene Ergänzung auch Asklepios in der Resolution zur Offenlegung aufzufordern, konnten sich schließlich alle Fraktionen einlassen und es gab ein einstimmiges positives Ergebnis. Bleibt abzuwarten welche Reaktion von Land und Asklepios kommt.

Hier Auszüge aus der diesbezüglichen Rede von Gerd Nier: Meine Damen und Herren, es vergeht fast kein Tag mehr, an dem nicht über neue Peinlichkeiten und Missstände in den beiden Asklepios Kliniken in Göttingen und Tiefenbrunn berichtet wird. Sehen wir mal von den Einschüchterungsversuchen gegenüber Leserbriefschreibern, Unterlassungsklagen und Androhung weiterer rechtlicher Schritte verbunden mit üblen Tricks gegenüber der regionalen Presse und erzwungenen Ergebnisadressen ab und kommen zum Kern der Beschwerden. Nicht nur der Betriebsrat, sondern zwischenzeitlich Beschäftigte aus allen Bereichen, von Ärzten, Therapeuten über Pflegekräfte bis hin zum Reinigungspersonal wenden sich wegen der immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen an die Öffentlichkeit. Die für mich neue Wortschöpfung des Klinik-Bourn-Outs macht die Runde. Patienteninteressen und -bedürfnisse scheinen gegenüber rein wirtschaftlichen Interessen völlig in den Hintergrund zu treten.....

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die zuständige Sozialministerin Rundt müssen ihr Versprechen wahr machen, das Geschäftsgebahren und die rechtlichen Verpflichtungen von Asklepios gründlich und auch im Detail zu überprüfen. Und da genügt es nicht auf einen Besuch der Fachaufsicht im Januar zu verweisen, die nach unserer Kenntnis lediglich zwei von 26 Stationen besucht hat und kein Wort mit dem Betriebsrat gewechselt hat. Die Frage, ob sich Asklepios an den Vorgaben der Personalbemessung in quantitativer aber auch qualitativer Hinsicht hält muss eindeutig geklärt werden. Nach all dem, was wir zwischenzeitlich erfahren und mitbekommen haben, scheint es mehr als angebracht, dass der hiesigen Asklepios Geschäftsführung doch deutlich auf die Finger geschaut werden muss. Leisten wir durch diese Resolution neben Betriebsrat, Gewerkschaften, Kreistag und Öffentlichkeit auch unseren Beitrag als Rat uns für eine qualifizierte, bedürfnisorientierte und patientenzentrierte Gesundheitsversorgung einzusetzen und das Personal vor Überlastung, Arbeitsstress und reiner Verwahrarbeit zu schützen.

Die komplette Rede, wie auch alle unsere Anträge sind nachzulesen unter: [www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)

## ► DIE LINKE. beschloss auf ihrem Dresdener Parteitag Bundestagswahlprogramm und solidarisierte sich mit den Protesten in der Türkei

(Kurzbericht von Patrick Humke, Mitglied des Landesvorstands und nds. Parteitagsdelegierter)

Am Wochenende des 14. – 16. Juni 2013 beschloss DIE LINKE. auf ihrem Dresdener Parteitag unter anderem ihr Wahlprogramm und bezog klare Stellung zu aktuellen politischen Ereignissen. Allen Unkenrufen zum Trotz führten die LINKEN einen erfolgreichen Parteitag durch, auf dem Geschlossenheit nicht nur demonstriert, sondern spürbar war und bewiesen mit ihren Beschlüssen die Handlungsfähigkeit der Partei und die Notwendigkeit, dass soziale Gerechtigkeit nur mit einer starken LINKEN Chancen hat, durchgesetzt zu werden.

### „Gerecht für alle. 100 % sozial. Das beste Wahlprogramm aller Parteien“

„Soziale Gerechtigkeit – das ist das Motto des Wahlprogramms, das mehr als 500 Delegierte des LINKEN-Parteitages am Wochenende mit großer Mehrheit beschlossen haben. Wichtige Forderungen sind beispielsweise ein Mindestlohn von zehn EURO pro Stunde, eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, eine Mindestrente von 1050 EURO und eine höhere Besteuerung von großen Einkommen und Vermögen.“

(So auf der Internetseite [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), auf der darüber hinaus alle Beschlüsse und wichtige Reden im Wortlaut zu lesen sind.)

Des Weiteren wurde mit dem Programmabschluss deutlich, dass DIE LINKE. nicht abkehrt von ihrer konsequenten Friedenspolitik. Der sofortige Abzug der Bundeswehr aus dem Ausland, die Ablehnung jeglicher Auslandseinsätze und der Kampf gegen Rüstungsproduktion und –geschäfte sind nur einige Stichworte in diesem Zusammenhang.

In der Auseinandersetzung um die Währungsfrage und der Finanzmarktkrise wurde in allen Debattenbeiträgen betont, dass die Frage der Währung letztlich zweitrangig sei und es um die Entwicklung der Lebensverhältnisse gehe. Es müsse verhindert werden, dass die Armen wieder die Zeche einer verfehlten Finanzpolitik zahlen. Umverteilung von Oben nach Unten sei die Politik der LINKEN. Ein Ausstieg aus dem EURO sei nicht das probate Mittel, um die

Verteilungspolitik im LINKEN Sinne zu ändern.

### „Eine starke LINKE ist die Garantie dafür, das sozialen Worten auch soziale Taten folgen“ Katja Kipping

Sozialpolitisch gibt es keine Alternative zu den LINKEN. Das wurde auch in den Beschlüssen zur Pflege, Renten, Gesundheit oder zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention deutlich. Hier geht DIE LINKE. weiter als alle anderen im Bundestag vertretenden Parteien und bietet für alle Konzepte auch die passenden Finanzierungsvorschläge.

### „Wir brauchen eine starke LINKE, damit Selbstverständliches wieder selbstverständlich wird“ Bernd Riexinger

In den Debatten wurde weiter deutlich, dass wir in Deutschland und in Europa DIE LINKE. auch als Korrektiv zu herrschenden Politik der Reaktionären, Konservativen, Sozialdemokraten und Grünen brauchten. Ohne LINKE Politik werde zementiert, dass man von seiner Arbeit und seiner Rente nicht mehr leben könne, die Schere zwischen Arm und Reich immer größer und die Umverteilung von Unten nach Oben fortgesetzt werde. DIE LINKE. müsse weiterhin der Gegenpol zur Politik des Kapitals sein. DIE LINKE. vertrete als einzige Partei die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Diese gelte es zu mobilisieren, zu den Wahlen zu gehen.

Insgesamt betrachtet ist das jüngst beschlossene Wahlprogramm KEIN fauler Kompromiss zwischen den Flügeln der Partei sondern ein echtes linkes Politikangebot an die Wählerinnen und Wähler, auf das die Partei stolz sein kann.

Darüber hinaus wurde in verschiedenen Redebeiträgen auch auf den 60. Jahrestag des Aufstands in der DDR vom 17. Juni 1953 erinnert und sich selbstkritisch damit auseinandergesetzt, was sich in der Politik der LINKEN täglich widerspiegelt. „Sozialismus geht nur demokratisch oder es ist keiner“, so Gregor Gysi, Bernd Riexinger und Katja Kipping übereinstimmend.

# DIE LINKE.



Weitere Beschlüsse des Parteitages:

- Taksim ist überall! Solidarität mit der Bewegung in der Türkei
- Sofortiger Ausstieg aus dem militärischen Drohnenprogramm
- Solidarität mit den Beschäftigten der Rundfunkanstalten in Griechenland!
- Protest gegen das von der Duma verabschiedete „Gesetz gegen homosexuelle Propaganda“
- Gerechtigkeit für Gustl Mollath

Eine ganze Reihe der niedersächsischen Delegierten brachte sich aktiv in die Debatten, so dass unser Landesverband in aller Regel ein gutes Bild abgab und das eine oder andere Mal für Aufmerksamkeit sorgen konnte. Die Anträge aus den niedersächsischen Kreisverbänden, die noch auf dem Parteitag diskutiert und eingebracht wurden konnten zum Teil Zustimmung erfahren, so zum Beispiel der Göttinger Antrag zum Zusammenhang von Rüstung, Forschung und Hochschulen.

Der Dresdener Parteitag ist als guter linker, produktiver Parteitag zu bewerten. Berichterstattungen in den Massenmedien er sei langweilig gewesen könne getrost ignoriert werden. Wenn vernünftige und gute systemkritische Beschlüsse langweilig sind, dann sei es so. Die Delegierten haben das in aller Regel anders gesehen. Nun gilt es für uns, diese guten Beschlüsse auch der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Das kann nur gelingen, wenn wir auf die Straße gehen, mit den Menschen das Gespräch suchen und darüber hinaus im verstärkten Maße die modernen Kommunikationsmittel einsetzen und überall in unsere Wahlkämpfe integrieren – wie wenn nicht so können wir eine Gegenöffentlichkeit schaffen?

Gemeinsam und ohne Strömungsausinandersetzungen können wir das von Gregor Gysi formulierte Ziel von zehn Prozent bei den Bundestagswahlen erreichen. Auf geht's!!!

Patrick Humke, 17.06.2013

## ► Bericht der Göttinger Linksjugend [solid] zu Blockupy 2013

Als wir am 01. Juni 2013 morgens in den Zug stiegen, um gemeinsam nach Frankfurt zur internationalen Demo im Rahmen der Blockupy-Proteste zu fahren, ahnten wir noch nicht, dass uns der „Rechtsstaat“ wortwörtlich entgegentreten würde – mit voller Entschlossenheit.

Gegen 10:45 Uhr erreichten wir den Baseler Platz, an dem sich ca. 10.000 Menschen aus vielen Ländern tummel-



ten. Die Stimmung war ausgelassen & kämpferisch: Ein Gefühl der Stärke und Solidarität lag in der Luft. Etwa anderthalb Stunden später formierte sich der bunte Protestzug, welcher dann direkt zur Europäischen Zentralbank zog. Doch dieses Vorhaben wurde nach nur 500m von der Staatsgewalt beendet. Angeblich gingen Provokationen von der Demonstrationsspitze gegen die Polizei aus, die daraufhin mit mehreren Hundertschaften die Straße versperrte und um 13:30 Uhr hunderte der vordersten DemonstrationsteilnehmerInnen unter massivem Einsatz von Tränengas gewaltsam einkesselte. Immer wieder ging der repressive Polizeimob mit Pfefferspray und weiteren Tränengasladungen gegen die zahlenmäßig weit unterlegenen und

wehrlosen Leute vor – Sanitäter wurden nicht durchgelassen. Nach fast 5 Stunden der Einkesselung griff die Polizei plötzlich zum Knüppel und verprügelte die eingeschlossenen Demonstranten, darunter auch junge Frauen und Personen, die vor lauter Tränengas nicht einmal etwas sehen konnten. Die Tagesbilanz: hunderte Verletzte, darunter dutzende schwerverletzt, mehrere regungslos auf dem Boden liegende Menschen, weit über 120 Verhaftungen und Angriffe auf Journalisten. An diesem Tag starb das letzte Fünkchen unserer sogenannten „Rechtsstaatlichkeit“ endgültig. Doch damit ist uns erst recht bewusst geworden, wie notwendig unser Widerstand gegen dieses reaktionäre System ist, welches sich Demokratie nur aufgestempelt hat.

**In diesem Sinne: Hoch die internationale Solidarität – immer und überall!**

.....

### Bericht:

## ► Ortsmitgliederversammlung (OMV) am 4. Juni

Dieses Treffen des Ortsverbandes hatte vor allem die wichtige Aufgabe, ein Mitglied des OrtssprecherInnenrates nachzuwählen, damit der Ortsverband entsprechend vorbereitet in den Bundestagswahlkampf starten kann. Bevor die Nachwahl allerdings statt finden konnte, wurde erst einmal im allgemeinen über den kommenden Wahlkampf diskutiert, da noch auf zwei Mitglieder gewartet wurde, welche erst etwas verspätet dazu stoßen konnten.

Was den Bundestagswahlkampf betrifft, wurde besonders ein Punkt betont: Die etablierten Parteien, die die Großspenden der Unternehmen annehmen, werden mit Sicherheit Postwurfsendungen an alle Haushalte verteilen lassen und darüber hinaus plant die Bildzeitung zu dieser Bundestagswahl eine kostenlose Sonderausgabe, in der DIE LINKE erwartungsgemäß unterrepräsentiert sein wird. DIE LINKE wird es schwer haben, dem etwas entgegenzusetzen

Daher bleibt an dieser Stelle nur der Appell, auch an die nicht-anwesenden Mitglieder; was wir an Geld nicht haben, können wir nur durch Engagement wett machen. Es wird zur Bundestagswahl von Kreisverband eine Verteilaktion geben, und darüber hinaus gibt es in den Quartalen, in denen keine Wahlen sind, immer die Klar zu verteilen.

Nachdem die zwei verspäteten Mitglieder dann erschienen waren, konnte die Nachwahl statt finden. Laut dem Beschluss der Ortsmitgliederversammlung vom Januar 2012 besteht der OrtssprecherInnenrat aus 4 Personen, wobei die Quotierung damals ausgesetzt wurde, da weniger als 25% der Mitglieder des Ortsverbandes Frauen waren. Nun kandidierte glücklicherweise eine Frau, um den nun schon länger vakant gebliebenen Platz im OrtssprecherInnenrat wieder zu besetzen. Die Kandidatin, Christine Hauck, ist 31 Jahre alt und seit November 2011 Mitglied von DIE LINKE. Weitere KandidatInnen gab es nicht.

Christine wurde darauf in geheimer Wahl im 1. Wahlgang mit 90% ja-Stimmen gewählt.

Im Anschluss diskutiere die Versammlung noch länger über einige Punkte, die für die Mitglieder von Interesse gewesen sind. Am ausführlichsten war dabei die Diskussion darüber, dass der Landkreis beabsichtigt, die Kosten der Unterkunft nach SGBII (besser bekannt als Hartz IV) um bis zu 12% zu kürzen. Die OMV beschloss daher, am Mittwoch, den 12.6., mit einer Demonstration gegen diese Kürzungen zu protestieren.

.....

### Bericht:

## ► OV Hann. Münden

In der Jahreshauptversammlung am Freitag, den 07.06.2013 hat die LINKE. Ortsverband Hann. Münden die Wahl des OV-Sprecher\_innenrates durchgeführt. Einstimmig gewählt wurden: **Anne Freimuth, Kirsten Klein und Olaf Klein.**

Asklepios:

## ► Verkauf öffentlichen Eigentums für private Profite!

**Asklepios kommt aktuell nicht aus der Presse raus. Immer neue Erkenntnisse kommen ans Tageslicht: Nachdem sich zunächst Patienten, Mitarbeiter aus dem Pflegedienst und die Gewerkschaft ver.di sich zu den Zuständen in den Asklepios Fachkliniken Göttingen und Tiefenbrunn geäußert hatten, melden sich nun auch die Ärzte aus Göttingen zu Wort.**

In einem offenem Brief wird von Kürzungen sogar bis zur Schließung von Therapieangeboten gesprochen. Der schwerwiegendste Punkt des Schreibens ist jedoch, man müsse „*darauf vertrauen können, dass alles ärztliche Handeln ausschließlich dem Patienteninteresse gilt und dass der Arzt in seinem konkreten Handeln keine eigenen wirtschaftlichen Interessen oder die wirtschaftlichen Interessen anderer vertritt. Dieses Vertrauensverhältnis, die Qualität und die Sicherheit der Behandlung sehen wir, im Speziellen bezogen auf das Asklepios Fachklinikum Göttingen, gefährdet.*“

Es wird in dem Schreiben berichtet, dass Behandlungen aufgrund von Personalmangel nicht oder nicht ausreichend durchgeführt werden könnten, gefährdete Patienten könnten nicht intensiv betreut werden.

Die Geschäftsführung der Asklepios Psychiatrie Niedersachsen scheint indessen ihren eigenen Weg im Umgang mit Mitarbeitern und der Presse gefunden zu haben: In der Öffentlichkeit sieht und hört man den hiesigen Geschäftsführer nicht; zu Pressemitteilungen wird der Pressesprecher des Konzerns aus Hamburg vorgeschickt.

Stattdessen bekommt man von der Geschäftsführung nur mit, dass Mitarbeiter zu Testkäufen von Zeitungen losgeschickt werden – um zu überprüfen, ob gerichtliche Anordnungen umgesetzt worden sind. Auch mit den Mitarbeitern ist offensichtlich der Umgang auch nicht besser: Anstatt das Gespräch bei kritischen Äußerungen über deren Ursachen zu suchen, werden die Beschäf-

tigten – laut dem offenem Brief der Ärzteschaft – zur Geschäftsführung vorgeladen, um ihnen dort Illoyalität vorzuwerfen.

Anfragen an die Landesregierung zu Inhalten des damals abgeschlossenen Kaufvertrages zwischen dem Land und Asklepios wurden bisher nur lapidar beantwortet. Schwerpunkte bei der Anfrage waren die Festlegungen im Kaufvertrag zum Personalbestand und ein mögliches Rückkaufszszenario. Die Antwort jedoch beschränkte sich darauf, dass der Rückerwerb auf 4 Seiten des Vertrages geregelt sei. Zum Personalbestand gab es die Rückmeldung, dass die Fachaufsicht des Ministeriums 2 Stationen im Januar diesen Jahres besucht hätte und dort keine Auffälligkeiten zu bemängeln gewesen seien.

Tatsache ist jedoch, dass bereits 2007 – also vor dem Verkauf der psychiatrischen Krankenhäuser an des Asklepios-Konzern – in Göttingen auf 17 von 21 Stationen die Psych-PV-Erfüllungsquote im Pflegedienst unter 90% lag. Und diese Situation hat sich nicht gebessert, im Gegenteil: Seit 2007 bis zum April 2013 wurden 24,55 Vollzeitstellen bei den Fachkräften im Pflegedienst abgebaut. Die Hilfskräfte-Quote stieg dafür im gleichen Zeitraum von 4,5% auf 12,5% an. Im Bereich der Physiotherapie wurden Stellen abgebaut: hier sind 29% der Arbeitsplätze gegenüber 2007 verschwunden.

Die Mitarbeiteranzahl im ärztlichen Dienst im Asklepios Fachklinikum Göttingen hat sich kaum verändert. Jedoch gibt es in diesem Bereich immer mehr „Ärzte in Weiterbildung“ und dafür weniger fertige Fachärzte. Lag die Quote der Fachärzte 2007 noch bei knapp 65%, so ist sie in diesem Jahr bei 42% zu finden. Im Asklepios Fachklinikum Tiefenbrunn sank sogar die Facharzt-Quote von fast 57% im Jahr 2008 auf aktuell nur noch 33%.

Es ist gut, Ärzten die Möglichkeit zu geben sich als Facharzt in der Psychiatrie zu qualifizieren, aber es sollten dazu auch genügend Fachärzte vorhanden sein, die die „Ärzte in Weiterbildung“

unterstützen und anleiten. Statistisch macht es aber eher den Eindruck, dass die Anzahl der Fachärzte abgebaut und die Anzahl der „Ärzte in Weiterbildung“ aufgestockt werden – ein Schelm, der Böses dabei denkt: Fachärzte sind teuer, „Ärzte in Weiterbildung“ billiger, der Profit steigt!

Bei all den Zahlen und Daten wird eigentlich schon deutlich, dass im Asklepios Fachklinikum Göttingen fleißig am Personalbestand geschraubt wird: Selbstverständlich nicht im Sinne der Patienten, sondern für den Profit von Asklepios.

Erschwerend kommt jedoch hinzu, dass es sich bisher nur um die reinen Personaldaten gehandelt hat. Seit 2007 wurden zusätzlich noch 3 Stationen eröffnet, verschiedene Angebote aus anderen Bereichen kamen hinzu. Die Planbetten wurden erhöht, d.h. immer mehr Patienten werden behandelt. Aber halt nicht mit mehr Personal und noch weniger mit Fachpersonal.

Wenn man sich die vorliegenden Daten anschaut, scheint sowohl der Umgang der Geschäftsführung mit den Mitarbeitern der Asklepios Fachkliniken als auch die Antwort der Landesregierung ein noch größerer Hohn zu sein...

(bn)

## ► Letzte Meldung:

Die **Grünen in Göttingen** haben über die Schwerpunkte ihres Bundstagswahlkampfes abgestimmt. Und auf Platz 1 kam die Abschaffung von ...

... **Hartz IV ?**

... **Niedriglohgruppen?**

... **Das Zockersystem der Banken?**

Nein! Die **Abschaffung der Massentierhaltung!**

Schwerpunktsetzung ist alles!

Da weiß mensch wenigstens, wo bei den Mitgliedern der Grünen der Schuh nicht drückt: Beim Einkommen!